

Stellenabbau bei Karstadt

Lohnverzicht sichert keine Arbeitsplätze

2 000 Arbeitsplätze sollen bei Karstadt gestrichen werden, titelten die Schlagzeilen am 17. Juli. Betroffen werden aber bis zu 3 000 Beschäftigte sein, da hier Teilzeitstellen vom Management in Vollzeitjobs umgerechnet wurden. Knapp die Hälfte soll noch 2012 abgebaut werden, der Rest 2013 und ein kleiner Teil 2014. Sozialverträglich solle das geschehen, durch Nutzung der Fluktuation und die Nichtverlängerung befristeter Arbeitsverhältnisse, hieß es in einer Pressemitteilung des Konzerns. Das Ende der Fahnenstange wird damit nicht erreicht sein. So soll die Ausgliederung der Gastronomie in der Vorbereitung sein.

Für die Sanierung des insolventen Karstadt-Konzerns verzichteten 2011 die Beschäftigten über ein Jahr mit einem „Anpassungs- und Sanierungstarifvertrag“ auf Gehaltsanteile und Weihnachtsgeld. Auch Arbeitszeiten wurden verändert. Bereits seit 2001 haben die Beschäftigten bei Karstadt auf tarifliche Leistungen verzichtet und damit mehrere hundert Millionen zur Sanierung des Unternehmens bezahlt.

Sie zahlten damit auch den Preis dafür, dass die früher konzerneigenen Filialen mit Grundstücken in zum Teil teuersten Innenstadtlagen von den Vorbesitzern ausgegliedert wurden und dann auch noch horrenden Mietzahlungen erwirtschaftet werden mussten. Die 160 Millionen Euro, die laut Karstadt-Management seit der Übernahme durch Nicolas Berggruen investiert wurden, stammen fast ausschließlich aus dem Lohnverzicht. Der wirkliche Investor war und ist hier das Personal, nicht Herr Berggruen, wie in den Medien oft zu hören oder lesen ist.

Der vorläufig letzte „Sanierungstarifvertrag“ läuft Ende August 2012 aus. Was der Verzicht bringt, werden bis zu 4 000 Karstadt-Beschäftigte jetzt erfahren. Nicht wie vereinbart die Sicherung der Standorte und der Arbeitsplätze, sondern die Vernichtung ihres eigenen Arbeitsplatzes. Auch die Ankündigung, diesen Abbau „sozialverträglich“ zu gestalten, bedeutet, dass die Arbeitsplätze weg sind und die Betroffenen, falls sie in Arbeitslosigkeit gehen, eine Minderung ihres Arbeitslosengeldes hinnehmen müssen, ebenso alle, die davon betroffen sind, eine Minderung ihrer Rente. Erste Opfer werden die befristet Beschäftigten sein, deren Verträge nicht mehr verlängert werden. Nicht wenige werden sofort bei Hartz IV landen.

Die Unternehmensleitung setzt nicht nur auf Arbeitsplatzabbau, sie gefährdet auch die weiteren noch vorhandenen bis zu 20 000 Arbeitsplätze im Konzern. Die zugesagten Investitionen, vor allem für die Warenhäuser, sind nicht wirklich umfassend in Angriff genommen. Die

Modernisierung der Filialen lässt zu wünschen übrig. Die Gewerkschaft ver.di weist eindeutig darauf hin, dass der geplante Arbeitsplatzabbau ein falsches Signal an die Beschäftigten und die Kunden ist. „Gerade Warenhäuser brauchen engagierte und motivierte Beschäftigte, die den Kundinnen und Kunden guten Service und kompetente Beratung bieten können.“

Strukturkrise? – oder? ...

Die Süddeutsche schrieb am 20. Juli: „Besonders im Handel schlägt die Strukturkrise auf die Beschäftigten durch. Karstadt spürt, dass sich die Kaufgewohnheiten der Kunden ins Internet verschieben. Und die klassischen Versandhäuser – Neckermann und Quelle – konnten im Internethandel einfach nicht mithalten. Andere – neue Firmen – sind besser.“

Hier werden die Beschäftigten für die angeblichen Strukturkrisen verantwortlich gemacht. Sicherlich kann man an den Strukturen einiges verbessern. Das Wichtigste aber sind im Handel die Beratung und das Gespräch. Durch immer weiteren Personalabbau wurde dies gefährdet, betonen ver.di und der Gesamtbetriebsrat. Karstadt aktuell ist ein Beispiel. Deshalb werde sich nur dann etwas ändern, wenn gut ausgebildetes Personal im Verkauf tätig wird. Gute Arbeit muß auch gut bezahlt werden. Dafür seien die Unternehmen verantwortlich.

Letztendlich schlägt auch die tendenziell sinkende Massenkauftkraft durch. Minus 4,5 Prozent in zehn Jahren, in den unteren Einkommensschichten teils über zehn Prozent, gar nicht zu reden von drei Millionen registrierten und nochmals drei Millionen weiteren Erwerbslosen. Da bleibt Vielen auch für notwendige Einkäufe z. B. bei Kleidung, Schuhen und Haushaltsbedarf nur der Weg zum „Billigheimer“. Und die immer reicher werdenden Reichen gehen eh nicht zu Karstadt, die haben ihre Nobeladressen. Letztendlich schwächt jeder Lohnverzicht die Massenkauftkraft und würgt weiter die Binnenkonjunktur ab. Solange das aber nur das „Insiderwissen“ eine Minderheit im Land bleibt wird es schwer bleiben, um ihre Existenz und die ihrer Familien bangende Beschäftigte bei Karstadt und anderswo auf eine kämpferischer Linie einzuschwören.

Christian Koberg / Volker Metzroth